

Stellungnahme der FiWiKo SP Kt. Zürich zur Sharing Economy

Ausgangslage/Analyse

Als Share Economy bzw. Sharing Economy wird ein Marktmodell oder Geschäftskonzept bezeichnet, welches die verstärkte Nutzung von nur teilweise ausgelasteten Ressourcen ermöglicht.

Das Konzept des Teilens ist nicht neu, man denke an Kooperationen z.B. in der Landwirtschaft ("*Allmend*" eine sehr alte Form des Teilens), "Car Sharing" (z.B. Mobility) und im weiteren Sinne auch öffentliche Dienstleistungen wie z.B. Bibliotheken. Es gibt sowohl kommerzielle Modelle, wie auch nicht kommerziell orientierte. Es entsteht eine neue Art des Wirtschaftens: statt eines Geschäftsvorgangs zwischen AnbieterInnen und KonsumentInnen wie bis anhin, kommt eine dritte Kategorie ins Spiel, der Konsument oder die Konsumentin wird gleichzeitig AnbieterIn, also auch UnternehmerIn.

Im kritischen Fokus steht hier ein kleiner, aber marktmächtiger Anteil der neuen AnbieterInnen, denen es nicht um den bewussten Umgang mit Konsum und soziales Miteinander geht, sondern *ausschliesslich* um Profit, auch auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt.

Mit der rasanten Verbreitung und Weiterentwicklung des Internetzugangs weltweit, inklusive Smartphones, erlebt die Share Economy einen regelrechten Boom. Man spricht bereits vom neuen Internetkapitalismus. Mit dieser Entwicklung haben sich inzwischen einige, teilweise dominante Marktakteure gebildet. Bekanntere sind z.B. Uber und Lyft (Taxis), Airbnb (Unterkünfte), Upwork (Freelancer), TaskRabbit (Handwerkliche Arbeiten), Kickstarter (Crowd funding). Einige wenige davon sind in kürze zu milliardenschweren Unternehmen geworden, die bestehende Unternehmen und Geschäftsmodelle in Bedrängnis bringen. Die "alte" Wirtschaft versucht nun, Politik und Gesetzgeber in ihren Abwehrkampf einzuspannen, um mit drastischen Regulierungen und Verboten diese Entwicklung zu stoppen. So bereits geschehen in Hamburg und Berlin, wo der Taxidienst Uber verboten wurde. Ebenfalls in Berlin wurde das gewerbliche Vermieten von Privatwohnungen (Airbnb) praktisch untersagt.

Die folgenden 5 Punkte bilden den Rahmen für den Umgang mit Share Economy

- (1) Sharing und Teilen gelten als hoffnungsvolle Tendenz, sogar als grundlegender kultureller Umbruch. Die kooperative Seite des Menschen soll endlich wieder den ihr gebührenden Platz neben dem Egoismus des Homo oeconomicus bekommen. Hier gibt es zwei Fallstricke: Der Umbruch allein wird es nicht richten, was manche vor lauter Begeisterung übersehen. Ebenfalls wäre es bei gewissen Chancen schade, sie zu verpassen/verhindern statt zu unterstützen.
- (2) Natürlich können die neuen Formen der Sharing Economy Ressourcen sparen. Aber das ist vorerst lediglich eine Effizienzsteigerung. Diese kann eine nachhaltige Wende erleichtern. Wird aber das eingesparte Geld für weiteren (materiellen) Konsum verwendet, wird sie zum Bumerang.
- (3) Fairer Wettbewerb. Die neuen Geschäftsmodelle dürfen ihre billigeren Preise nicht durch Sozialisierung der Kosten oder Raubbau an der Natur erreichen. Z.B. durch ungenügende (Sozial-)Versicherung, Prekarisierung, Sicherheitsmängel oder Steuervermeidung. Die diesbezüglichen Regulierungen sind zu überarbeiten, nicht zum Bestandsschutz bestehender Branchen, sondern für eine faire Verteilung der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen.

- (4) Viele der Geschäftsfelder der Sharing Economy haben eine starke Tendenz zur Monopolbildung. Ein Vermittlungsdienst für Transporte, Übernachtungen oder Werkzeuge wird mit jedem weiteren Teilnehmer attraktiver und effizienter, während die Grenzkosten einer Plattform für einen zusätzlichen Teilnehmer – ob Konsument oder Anbieter – sind sehr tief. Ein prädestinierter Fall für Monopolprofite, Marktversagen bzw. Regulierungsbedarf.
- (5) Regulierungen müssen angemessen sein. Solange ein Startup Nischenplayer ist, verhindern strenge Vorschriften oft Innovationen, doch relevanten Schäden gibt es keine zu verhindern. Ganz anders ist es in einer Monopolsituation, da braucht es Schadensprävention und Verteilungsgerechtigkeit.

Die Parteien und die Politik sollten sich damit auseinandersetzen, wie für alle drei Beteiligten (AnbieterInnen, KonsumentInnen, Unternehmen) die beste Form von Regulierung, sprich Arbeitnehmerschutz, Konsumentenschutz, steuerliche Bewertung etc. gefunden werden kann. Der Gesetzgeber muss berechnete Interessen schützen und schwarze Schafe benennen. Er sollte lenken, statt verhindern. Die Anbieter der Plattformen haben bereits selber Schutzmechanismen gefunden und eingebaut, wie z.B. einen Versicherungsschutz oder strengere Auswahl der Akteure, um Missbräuche zu verhindern.

Die Politik ist gefordert. Sie muss zusammen mit der Zivilgesellschaft die Initiative übernehmen, sonst bestimmen die US-amerikanischen Internetgiganten und ihre Geldgeber die Spielregeln der Sharing Economy allein und dabei würden Selbstbestimmung, genossenschaftliche Werte und Nachhaltigkeit zu Worthülsen.

Problemzonen

Das Konzept, Ressourcen zu teilen und auszulasten, dürfte per se aus vielerlei Gründen relativ unbestritten sein. Es ist effizient für den Konsumenten und daher beliebt, schont Rohstoffe da weniger produziert sowie auch entsorgt werden muss und ist entsprechend aus ökologischer Sicht positiv. Solches Handeln hat auch keine negativen Folgen für die Volkswirtschaft, da das gesparte Geld für anderes ausgegeben wird. Auch hier gilt, die Nachfrage bestimmt den Markt. Und diese ist unbestritten da.

Gleichzeitig drängen sich folgende Problemstellungen/Fragen auf, die von Politik und Gesetzgeber aufgenommen werden müssen (keine Hierarchie oder logische Abfolge):

- Rechtliche Grauzonen
- Angestellte werden zu Quasi-Unternehmern, tragen unternehmerische Risiken, ohne über deren Freiheiten zu verfügen. Der ArbeitnehmerInnenchutz und die Rechte der ArbeitnehmerInnen sind teilweise ungenügend abgedeckt. Es entstehen neue prekäre Arbeitsformen.
- Ab welcher Höhe des Umsatzes der Anbieter kommt eine Gebühren- oder Steuerpflicht ins Spiel?
- Konsumenten werden zu Anbietern. Wie funktioniert in diesem Karussell der Konsumentenschutz? Wie können sich diese vor sich selbst schützen?
- Ein gesetzlicher Rahmen, um mit VermieterInnen und BesitzerInnen von Häusern umzugehen, die das grosse Geschäft mit Airbnb wittern und Wohnungen zweckentfremden und damit die Wohnungsnot verschärfen.

- Der Gewinn aus diesen Tätigkeiten fällt grossmehrheitlich bei den AnbieterInnen der Plattformen an, es profitieren nur sehr wenige, es erfolgt eine weitere Akzentuierung von Vermögens- und Einkommensunterschieden.
- Da die BetreiberInnen der heutigen Plattformen (aus Schweizer Sicht) mehrheitlich im Ausland tätig sind, muss sichergestellt sein, dass lokale Gesetze und Verträge eingehalten werden.
- Wie kann man die neu entstehenden Monopole unterbinden oder die Auswirkungen daraus abfedern?

Lösungsansätze

- Geltende Gesetzesvorschriften konsequent durchsetzen und auf ihre Kompatibilität mit der Share Economy hin überprüfen (im Vordergrund steht für die SP der ArbeitnehmerInnenschutz)
- Wo nötig neue Regulierungen entwickeln und die Gesetzgebung an die neuen Wirtschaftsformen anpassen. Die rechtliche Grauzone eliminieren und in geordnete Bahnen lenken.
- Sich nicht von Lobbyisten der "alten" Wirtschaft einspannen lassen, um zu verhindern was nicht zu verhindern ist.
- Besteuerung (Unternehmen wie Private) auf Kompatibilität und Tauglichkeit mit dieser "New Economy" prüfen. Neue Konzepte zur Besteuerung von Dienstleistungen, um zu verhindern, dass die Steuererträge ausschliesslich am Sitz der Unternehmen anfallen.
- Soziale Sicherheit so umbauen, dass Leute mit wechselnden Kleinstjobs in der Sharing Economy, (Schein-)Selbständige usw. ebenso abgesichert werden wie lebenslang Festangestellte. Dabei weder Tausch- und Schenknetzwerke noch Minimallohn vergessen.
- Nicht oder wenig kommerzielle Modelle sind durch den Staat und Zivilgesellschaft zu fördern, insbesondere Genossenschaften (im Sinne von "Kooperationen 2.0")
- Die "*neuen Allmenden*" – z.B. Wikipedia, open source oder science commons – sind durch Staat und Zivilgesellschaft zu fördern und bei Beschaffungen vorzuziehen (bei vergleichbarem Angebot).
- Forschungsinitiative von Fach- und Hochschulen für Sharing Economy mit dem Ziel kooperatives und genossenschaftliches Wirtschaften, soziale Sicherheit und Ökologie fördern